

FDP Neu-Anspach

# ES REICHT NICHT, DEN SITZUNGSSAAL ZU VERLASSEN

04.11.2025



## „Es reicht nicht, den Sitzungssaal zu verlassen“

FDP sieht im Fall von Karin Birk-Lemper (FWG-UBN) klaren Interessenkonflikt

**Neu-Anspach** – Die Diskussion über die mögliche Befangenheit von Karin Birk-Lemper (FWG-UBN), die gleichzeitig Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderung und Benachteiligung (VzF) und Vorsitzende des Sozialausschusses in Neu-Anspach ist, geht weiter. Schließlich führt die Stadt gerade Vertragsverhandlungen mit dem VzF, der Träger verschiedener Kinderbetreuungseinrichtungen ist. Für die FDP handelt es sich deshalb

um eine „mehrschichtige Interessenkollision“, die „die Arbeit der Stadt, des Sozialausschusses und des Parlaments beeinträchtigen kann“ und eine „mögliche Verletzung der politischen Neutralität“ ist.

Dass Birk-Lemper die Verhandlungen über neue Verträge mit der Stadt führe, sei ein klarer Interessenkonflikt: „Wer als Ausschussvorsitzende über Zuschüsse und Trägerstrukturen berät, kann nicht gleichzeitig als Verhandlungsführerin eines Trägers am städtischen

Tisch sitzen. Das widerspricht der geforderten Unabhängigkeit und Neutralität des Stadtverordnetenamtes“, stellt FDP-Parteichef Stefan Ziegele klar und verweist auf Paragraf 25 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), der Mandatsträger verpflichtet, sich bei Beratungen und Entscheidungen zu enthalten, wenn eigene oder fremde Interessen berührt sind. Ein bloßes Verlassen des Sitzungssaals, wie von der Kommunalpolitikerin angekündigt, reiche nicht aus.

„Wer für einen Träger Verantwortung übernimmt, kann durch Wortmeldungen oder Abstimmungen zu konkurrierenden Einrichtungen mittelbar Einfluss nehmen“, sagt Ziegele und fordert eine klare Trennung zwischen Mandat und Vereinsinteresse. Birk-Lemper müsse entweder ihren VzF-Vorsitz niederlegen oder ihr Mandat zumindest ruhen lassen. „Nur so kann das Vertrauen in die Neutralität der politischen Entscheidungsfindung gewahrt bleiben.“

Ziegele erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass FDP, SPD und b-now bereits 2023 verblich gefordert hatten, die Kinderbetreuungsverträge zum Jahresende 2024 zu kündigen, da die Rechtmäßigkeit infrage stehe. Stattdessen sollten neue Entwürfe erarbeitet werden. Termine allerdings wurden, wie zuletzt von Bürgermeister Birger Strutz (CDU) mitgeteilt, abgesagt. Und nun, so der FDP-Chef frustriert, werde stattdessen über politische Unabhängigkeit debattiert. pet